

Propaganda. Die Politik der CDU ist gerichtet auf die Vorherrschaft des deutschen Imperialismus in Europa mit Hilfe der NATO und der westeuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Von dieser Basis aus will sie mit Hilfe der Atomaufrüstung ihre aggressiven Pläne verwirklichen.

Die Volksbewegung gegen die Atomrüstung in Westdeutschland zeigt, daß es möglich ist, das CDU-Monopol zu beseitigen, wenn die Aktionsgemeinschaft der Arbeiterklasse zustande kommt und die Sozialdemokratie von jedweder Unterstützung der Adenauer-Regierung abgeht. Die SPD ist nach dem Verbot der KPD die einzige legale Arbeiterpartei in Westdeutschland und hat deshalb eine besondere Verantwortung. Sie führt einen wenn auch durch parlamentarische und staatsrechtliche Illusionen und durch den Antikommunismus stark gehemmten Kampf gegen die Atomrüstungspolitik der Bonner Regierung. Das CDU-Monopol zu überwinden ist jedoch nur möglich durch die konsequente Volksaktion, die sich von einem klaren, demokratischen und gegen den Militarismus gerichteten Programm leiten läßt und mit Parteien und Massenorganisationen in der Deutschen Demokratischen Republik zusammenarbeitet. Es ist charakteristisch, daß die SPD kein Programm der Wiedervereinigung Deutschlands hat, sondern sich auf Teilvorschläge an die Adenauer-Regierung beschränkt, von der bekannt ist, daß sie an einer Wiedervereinigung Deutschlands nicht interessiert ist.

Die Meinungsverschiedenheiten in prinzipiellen Fragen brauchen kein Hindernis der Zusammenarbeit zu sein. Das um so weniger, als die SED im Zusammenhang mit dem Vorschlag der Bildung einer Konföderation der beiden deutschen Staaten ausdrücklich betonte, daß die sozialistischen Errungenschaften in der Deutschen Demokratischen Republik mit allen Mitteln gesichert werden, daß wir jedoch unter den Verhältnissen in Westdeutschland die Schaffung einer bürgerlich-demokratischen Ordnung, die auf imperialistische Bestrebungen und Forderungen verzichtet, als den realen Weg zur Sicherung des Friedens und zur Wiedervereinigung betrachten.

Die SPD-Führung hat sich durch ihre Politik der Unentschlossenheit und der Nachgiebigkeit gegenüber vielen Forderungen der Adenauer-Politik eine Einwirkung auf die Werktätigen der CDU erschwert. Indem die SPD-Führung in Wort und Tat die „Grund-